

# Landmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

59929 Brilon, Buchenring 21, Telefon: 02964-1037, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de

www.Ostpreussen-NRW.de



## *Rundschreiben 4/2012*



Entnommen „Lötzer Heimatbrief 110/November 2011  
Evangelische Stadtkirche in Lötzen

**Zu Traditionen, die am Leben zu erhalten seien,  
hat der englische Staatsmann und Humanist Thomas Morus 1703 gesagt:**

***„Tradition ist nicht das Halten der Asche,  
sondern das Weitergeben der Flamme.“***

Liebe Landsleute und Freunde der Landsmannschaft Ostpreußen in NRW,

in den beiden letzten Monaten gab es drei besonders hervorzuhebende Veranstaltungen. Einmal war es unsere Tagung mit dem Überraschungsbesuch „Friedrichs des Großen“ in Oberhausen. Verschiedene Landsleute haben schon die drei Herren für kommende Veranstaltungen gebucht.

Am 3. und 4. November tagte in Bad Pyrmont die Ostpreußische Landesvertretung mit anschließender Verleihung des Ostpreußischen Kulturpreises an Herrn Gerd Schultze-Rhonhof. Vier unserer Vorstandsmitglieder vertraten dabei unsere Landesgruppe NRW.

Der „Parlamentarische Abend“ für Vertriebene, eine Anregung des ehemaligen Abgeordneten Bodo Löttgen, im Düsseldorfer Landtag (27.11.2012) hat leider seine ursprünglich angekündigte Vorgehensweise nicht ganz entfalten dürfen. Unter der „Glasglocke Landtag“ war die Veranstaltung vom BdV in NRW, dem Gerhart-Hauptmann-Haus und der Landtagsverwaltung, vorbereitet worden. Der BdV und die einzelnen Landsmannschaften haben sich in der Bürgerhalle, unterstützt von der Verwaltung des Hauses, hervorragend darstellen können. Besonders hervorzuheben ist der Vortrag von Herrn Parplies anlässlich der Eröffnung der informativen Ausstellung „Im Dienste der Menschheit“. Außer der, die Ausstellung eröffnenden Landtagspräsidentin Carina Goedecke (SPD) dürften keine weiteren Abgeordneten von FDP, SPD und Bündnisgrünen sich in der Bürgerhalle informiert haben. Auf den Netzseiten der drei besagten Fraktionen hat die Veranstaltung überhaupt nicht statt gefunden. Dies gilt auch für die großen Düsseldorfer Tageszeitungen (RP und WZ). Zu vermerken war die Anwesenheit von einigen Abgeordneten der CDU-Fraktion mit ihrem Fraktionschef Karl-Josef Laumann an der Spitze.



**Sprecher Stephan Grigat in Oberhausen**



Stand der Landesgr. im Landtagsgebäude.

**Lassen wir uns nicht entmutigen.**

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine gesegnete Advents- u. Weihnachtszeit, Glück und Wohlergehen im kommenden Jahr 2013 und freue mich auf ein Wiedersehen im März.

Für den Vorstand der Landesgruppe  
Ihr Jürgen Zauner

Weitere Infos unter: <http://www.ostpreussen-nrw.de/aktuelles/NRW/2012/Landtag/index.htm>

**Ehrungen: LO-NRW-Auszeichnung:** Annutsch Inge, Jäger Elfriede (beide Oberhausen), Scholz Jutta (Lüdenscheid) **Verdienstabzeichen:** Flatkowski Heinrich, Frerichs Herta, Hoffmann Friedhelm, Röttger Käthe, Rotkowski Hans, Sodies Helmtraut. Stramke Gerda (alle Iserlohn), Weise Brunhilde (Neuß), **Ehrenzeichen in Silber:** Gregull Georg (Remscheid), Pott Peter (Neuß), Pukaß Christel (Lüdenscheid) **Ehrenzeichen in Gold:** Pott Peter (Neuß) und Janssen Lilli (Iserlohn)

**W i r g r a t u l i e r e n ! !**

**Wir danken allen Spendern (31.4.bis 30.11.2012) Gruppen: Mülheim, Hagen  
Damen und Herren: Banzerus, Niederhaus**

**Internetportal der deutschen Minderheit: [www.vdg.pl](http://www.vdg.pl)**

**(Kardinal Ratzinger, der spätere Papst Benedikt XVI, 1997 zu den vertriebenen Sudetendeutschen zum Thema „Verzicht auf Wahrheit“).**

„Wenn Sie der verlorenen Heimat gedenken, dann steht das Unrecht der Vertreibung wieder vor Ihren Augen, das 15 Millionen Deutschen nach dem Kriege oft unter schrecklichen Bedingungen widerfahren ist. Die Weltöffentlichkeit hört aus vielen Gründen nicht gern davon, es paßt nicht in ihr Geschichtsbild hinein. Sie drängt dazu, dieses Unrecht zu verschweigen, und auch Wohlgesinnte meinen, daß man um der Versöhnung willen nicht mehr davon sprechen solle. **Aber eine Liebe, die den Verzicht auf die Wahrheit voraussetzt, ist keine wahre Liebe. Sie hätte ein schlechtes Fundament. Aus der Psychologie wissen wir, dass Verschwiegendes und Verdrängtes im Menschen weiterwirkt und, wenn es keinen Ausweg findet, zur Vergiftung von innen her wird. Was im Leben des einzelnen gilt, das gilt auch für die Völker. Unterdrückte Wahrheiten werden zu gefährlichen Mächten, die den Organismus von innen her vergiften und irgendwo herausbrechen. Nur die Annahme von Wahrheit kann heilen. Liebe braucht Wahrheit und kann nicht ohne sie sein.**“

**Wolfgang Thüne und Norbert Körfer:**

**Zum Mysterium und Martyrium Ostpreußens**

**Eckartschrift 208, Wien 2012, 112 Seiten, zahlreiche Bilder, ISBN 978-3-902350-45-9, Euro 8,80**

**Verlag Eckartschriften, 1080 Wien, Fuhrmannsgasse 18A**

**[info@oelm.at](mailto:info@oelm.at), [www.oelm.at](http://www.oelm.at), Ruf 01-408 22 73, Fax 01-40 228 82**

Eckartschriften Nr. 88 (W. Koeppen: „Der Deutsche Ritterorden“), Nr. 103 (H.-G. Tautorat: „Ostpreußen“) und Nr. 130 (Hildebrand Norgauer: „Das Memelland“) legen nun Wolfgang Thüne und Tobias Norbert Körfer einen weiteren Band über Ostpreußen vor, der die Entwicklung seit der großen Wende 1989 berücksichtigt. Hier wird auch die klägliche Rolle angesprochen, die die Politiker der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1990-1992 in bezug auf die deutschen Ostgebiete im allgemeinen und auf Ostpreußen im besonderen gespielt haben.

Wenn auch mit den Terrorangriffen der britischen Luftwaffe im August 1944 und der russischen Offensive im April 1945 die traditionsreiche 400jährige Geschichte Königsberger Albertus-Universität, an der so bedeutende Gelehrte wie Kant, Bessel, Helmholtz, Hilbert, Neumann und Lorenz gewirkt haben, geendet hat, so findet diese in der nunmehrigen Immanuel-Kant-Universität zu Königsberg eine würdige Nachfolgerin, die sich noch gerne auf die alte Albertina beruft. Als Gastprofessor an dieser Universität seit 1995 hat der Verfasser dieser Zeilen keinerlei Vorurteile gegenüber Deutschland festgestellt, sehr wohl aber freundschaftliche Gefühle. In Gesprächen ist das Fehlen des Zwangs zur „politischen Korrektheit“ angenehm, man kann über alles reden. Während die offizielle Bundesrepublik Deutschland jegliche Einflußnahme auf Ostpreußen ablehnt, würde die russische Seite gerne eine Vertiefung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kontakte sehen, wie es die Worte der ehemaligen Vizerektorin Vera Zabotkina ausdrücken: „Königsberg existiert nicht mehr, aber wir glauben, daß Königsberg in Zukunft existieren wird. Und wir versuchen, Brücken zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu finden.“

Mit den Autoren dieser Eckartschrift „ist zu hoffen, daß bisher unterdrückte Wahrheiten doch ans Licht kommen, denn es ist die Wahrheit, die frei macht und Voraussetzung für Recht und Gerechtigkeit ist. Wer den Frieden will, darf Wahrheit und Gerechtigkeit nicht scheuen und schon gar nicht unterdrücken.“

Möge diese Schrift dieser Zielsetzung dienen und eine mögliche Diskussionsgrundlage für Deutsche, Russen, Polen und Litauer bilden.

Die Verfasser sind zwei ausgewiesene Fachleute, der aus Ostpreußen gebürtige langjährige ZDF-Meteorologe Dr. Dipl.-Met. Wolfgang Thüne, der auch viele Jahre lang im Vorstand der LM Ostpreußen tätig war, und der Historiker mit schlesischen Wurzeln, Tobias Norbert Körfer, Vorsitzender der AGMO e.V. in Bonn (ARGE Menschenrechtsverletzungen in Ostdeutschland).

Eine Liste von Vereinen und Kultureinrichtungen der Ostpreußen rundet die Darstellungen ab.

### **Späte Rehabilitierung für Opfer von Katyn?**

**Utl.: Polnische Kläger vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof erfolgreich**

Die Neue Zürcher Zeitung vom 24. Oktober 2012 berichtete, daß der Menschenrechtsgerichtshof einem Berufungsantrag stattgegeben hat und wird über das Massaker von Katyn von 1940 erneut befinden. Rußland könnte zu weiteren Ermittlungen verurteilt werden. Die große Kammer des Gerichts soll darüber befinden, ob Rußland die 2004 beendeten Ermittlungen zum Massenmord an über 21.000 Polen wieder aufnehmen muß.

Moskau hatte lange Zeit behauptet, daß die Deutsche Wehrmacht das Massaker an den polnischen Polizei- und Armeeoffizieren verübt hätte. Michail Gorbatschow hatte bereits 1990 zugegeben daß die sowjetische Führung das Massaker befohlen hatte! Der Krenl ordnete Ermittlungen an, die allerdings 2004 wegen des Tods der Schuldigen ergebnislos eingestellt wurden.

Nunmehr haben Angehörige von zehn Offizieren, einem Arzt und einem Schullektor in Straßburg auf Wiederaufnahme der Ermittlungen geklagt. Es wurde besonders die russische Informatikpraxis gegenüber den Hinterbliebenen der Katyn-Opfer scharf kritisiert. Moskau verweigert nähere Auskünfte zu den Todesumständen der zwölf

Erschossenen, da die Dokumente durch die Einstellung der Ermittlungen 2004 als geheim eingestuft werden.

Das Gericht hat dem Berufungsantrag der Kläger nun stattgegeben. Die Beschwerdeführer zielen darauf ab, über eine juristische Rehabilitierung der zwölf Hingerichteten späte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und so ihre Ehre wiederherzustellen. In Rußland könnte dies eine Flut an Klagen von Hinterbliebenen von Tausenden polnischen Opfern auslösen.

Die Richter haben die frühere Argumentation fallen gelassen, daß es sich bei den Forderungen um Vorfälle gehandelt habe, die vor der Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch Rußland 1998 stattgefunden hätte.

**Dazu der Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), Gerhard Zehsel: „ Mit ähnlichen Argumenten wurden in der Vergangenheit – gerade auch von der EU – Forderungen der Heimatvertriebenen abgeschossen! Daher ist diese Trendwende in der Praxis des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes ein Lichtblick für die Zukunft!“**

Informieren Sie sich im Internet unter:

<http://hausderheimat.npage.de/>

## Zwangsarbeiter (W. Kreuer):

Mit großer Enttäuschung muß ich erkennen, daß selbst innerhalb der CDU kein Interesse mehr an den Vertriebenen besteht, denn anders kann man die fortdauernde Verweigerung der Zwangsarbeiterentschädigung nicht bezeichnen.

Daß die CDU im Jahr 2003, als sie in der Opposition war, eine Zwangsarbeiterentschädigung von der damaligen rot-grünen Koalition forderte, diese aber nun, da sie selbst die Möglichkeit hätte, sie durchzusetzen, nicht auf den Weg bringt, sollte uns Vertriebenen, die wir mehrheitlich CDU-nah waren und sind, zu denken geben.

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat die Frage zwar zur Prüfung an das Bundesministerium des Innern (BMI) abgegeben. Dieses Ministerium steht unter der Führung des CSU-Ministers Dr. Hans-Peter Friedrich MdB. Wie man aus dem BMI vernimmt, soll die Prüfung jedoch so lange verzögert werden, bis das Thema von selbst der Diskontinuität anheimfällt. Wer widersetzt sich? Widersetzt sich das Ministerium dem Willen seines Ministers? Widersetzt sich der CSU-Minister Friedrich den Forderungen seines Parteivorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer auf dem Sudentendeutschen Tag am 27. Mai 2012 in München? Oder hat Horst Seehofer etwas versprochen, von dem er annehmen konnte, daß es nicht gehalten wird?

Ich bin sicher: Ebenso wird es uns mit dem Vertriebenengedenktag gehen, denn dieses Thema liegt dem Bundespräsidialamt zur Prüfung vor. Und auch das Bundespräsidialamt prüft und prüft und prüft ...

Was wird von den Forderungen von Erika Steinbach und Horst Seehofer am Ende übrig bleiben? Vielleicht eine geringfügige Anhebung der Mittel für die kulturelle Förderung nach § 96 BVFG. Die Mittel betragen zurzeit um etwa 15 Mio. Euro. Vielleicht werden sie um sechs, sieben oder acht Millionen Euro angehoben. Dies stellt aus meiner Sicht kein wirkliches Entgegenkommen dar – im Gegenteil.

Es ist deshalb sehr bald ein eindeutiges politisches Signal erforderlich. Dieses Signal kann nur aus der CDU/CSU-Fraktion kommen. Wenn es jetzt nicht kommt, wird es nie mehr kommen.



### Wer kommt mit?

Der Förderkreis Kirche Tharau/Ostpr. e. V. plant in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau für Mitte Mai 2013 (über Pfingsten) eine einwöchige Busreise ins Königsberger Gebiet mit den Schwerpunkten Königsberg (Friedländer Tor, Tiergarten u.a.) Samlandküste, Cranz, Vogelwarte Rossitten, Tilsit, Mühlhausen, Heiligenwalde, Arnau und **Tharau** und ein Treffen zu Tharau mit russischen Persönlichkeiten im deutsch-russischen Haus, Königsberg. **Interessenten wenden sich bitte an den Förderkreis** c/o Mathiak, Oderstraße 42, 53332 Bornheim, e-mail: [postfach.mathiak@t-online.de](mailto:postfach.mathiak@t-online.de), Tel.: 02222/9391615 oder die **Kreisgemeinschaft**, Lindhooper Str. 67, 27283 Verden, Tel: 04231/15 589

## Preußische Allgemeine Zeitung - Ausgabe 32/12 vom 14.08.2012

### Rückgabe nicht für Vertriebene

Das Oberste Gericht in Polen hat im Juli ein Urteil gefällt, mit dem die Eigentumsrechte deutscher Spätaussiedler gestärkt werden. Das Gericht bestätigte mit seinem Urteil die Entscheidung der Vorinstanz, die den Fall der deutschen Spätaussiedlerin Agnes Trawny verhandelt hatte und das ihr entzogene Eigentum – ein Haus in dem masurischen Ort Narthen im Kreis Ortelsburg – zusprach, das sie 1970 geerbt hatte. Bei ihrer Aussiedlung 1977 hatte sie ihre Eigentumsrechte nach damaligem polnischen Usus verloren. Polen hatte Deutsche nur dann ausreisen lassen, wenn sie schriftlich auf ihr Eigentum verzichteten. Die Immobilie fiel damals an den polnischen Staat. Der Fall hatte bereits 2011 Aufsehen erregt, weil Trawny gerichtlich durchsetzen konnte, dass die polnischen Bewohner des Hauses, die sich als Eigentümer betrachteten, ausziehen mussten. Die jüngste Entscheidung gibt einem Teil der Spätaussiedler Anlass zur Hoffnung, ihr Eigentum zurückzuerhalten.

Das Gerichtsurteil bezieht allerdings nicht alle Spätaussiedler ein und gilt insbesondere nicht für Vertriebene. Das Warschauer Gericht beschränkte die Rückgabe auf deutschstämmige Erben, die zwischen 1956 und 1984 ausgewandert sind und zuvor die polnische Staatsbürgerschaft angenommen hatten. Für Deutsche und deutsche Volkszugehörige gilt weiterhin das Dekret von 1946, wonach das deutsche Eigentum in staatlichen Besitz Polens übergegangen ist. Das Warschauer Gericht urteilte weiter, dass der Eigentumsverlust bei der Ausreise nach dem Gesetz von 1961 nur für die unmittelbare Kriegsgeneration gilt, nicht aber für deren Erben.

Obwohl Polen als EU-Mitglied nach rechtsstaatlichen Grundsätzen handeln müsste, tut die polnische Regierung sich schwer damit, ein Restitutionsgesetz zu erlassen. Jüdische Opferverbände in den USA drängen Polen seit Jahren zu einer Entschädigungsregelung. Die Bundesregierung hingegen teilt die Position Polens. MRK

Weitere Infos unter: <http://www.odfinfo.de/aktuelles/2012/Eigentum-zurueckfordern.htm>

### Termine 2013:

16. März 2013

**Frühjahrstagung in Oberhausen**

14. Juli 2013

**Kleines Ostpreußentreffen auf Schloß Burg**

19. Oktober 2013

**Herbsttagung 2013 in Oberhausen**

**Bitte Termine vormerken!**